

Neue Studie „Krisenregion Mena. Wie demografische Veränderungen die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika beeinflussen und was das für Europa bedeutet“

Berlin, 24. Mai 2016

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat untersucht, warum die meisten Länder der Mena-Region im Unterschied zu vielen anderen Schwellenländern in tiefen politischen und wirtschaftlichen Krisen gefangen sind und welche Möglichkeiten es für einen Aufschwung und eine friedliche Entwicklung gäbe.

Die Mena-Region zwischen Marokko und dem Arabischen Meer gehört zu den instabilsten Gebieten der Welt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Tatsache, dass in diesen Ländern die Bevölkerung im Erwerbsalter schneller wächst als die Zahl der Arbeitsplätze, heißt es in der Studie „Krisenregion Mena“. Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts, hält es für möglich, dass die sozialen und politischen Konflikte weiter zunehmen: „Laut aktuellen Prognosen drängen in den kommenden 15 Jahren jährlich fast fünf Millionen zusätzliche Kräfte auf den Arbeitsmarkt der Mena-Region. Diese Entwicklung betrifft auch uns in Europa. Wenn es nicht gelingt, diesen Menschen eine Perspektive auf einen Arbeitsplatz zu bieten, dürften die Flüchtlingszahlen aus der Region langfristig wieder ansteigen. Schlimmstenfalls könnten sich die Konflikte der Mena-Länder teilweise sogar nach Europa verlagern.“

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, haben die Autoren der Studie drei Handlungsbereiche ausgemacht: Erstens gelte es, in den Ländern in Bildung zu investieren und die Lehrpläne an die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts anzupassen. Vielen Schul- und Hochschulabgängern mangelt es an Fremdsprachenkenntnissen, Problemlösungskompetenzen und Fähigkeiten, im Team zu arbeiten. „Außerdem entscheiden sich viel zu wenig junge Menschen für eine berufliche Ausbildung“, erklärt Ruth Müller, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berlin-Institut. „Dabei steigert diese in den Mena-Ländern nachweislich die Chancen auf einen Job. Ein Hochschulabschluss hingegen, welchen die meisten Sekundarschulabsolventen anstreben, erhöht das Risiko von Arbeitslosigkeit.“

Praktische Fähigkeiten sind auch eine Grundvoraussetzung für das Entstehen innovativer und wettbewerbsfähiger Privatunternehmen. Kleinere und mittelgroße Firmen, die weltweit die meisten Arbeitsplätze schaffen, sind aber in der Mena-Region kaum zu finden. Junge Menschen suchen eher einen Job beim Staat und interessieren sich weniger für die Gründung einer eigenen Firma. Die Autoren der Studie empfehlen deshalb zweitens, das Unternehmertum gezielt zu fördern. Dazu müssten die Länder bürokratische Hürden abbauen, den Zugang zu Gründungskapital verbessern und die Rechtssicherheit stärken. „Oft scheitern Unternehmensgründungen schon an einfachsten Voraussetzungen wie etwa dem Anschluss an ein funktionierendes Stromnetz“, sagt Reiner Klingholz. „Dadurch kommen viele Geschäftsideen gar nicht erst zur Umsetzung.“

Drittens macht sich das Berlin-Institut für mehr Geschlechtergerechtigkeit stark. „Insbesondere Frauen wird es schwer gemacht, unternehmerisch tätig zu werden – und das obwohl junge Frauen in vielen Mena-Ländern heute formal besser gebildet sind als Männer“, sagt Ruth Müller. „Kulturelle Vorbehalte hindern sie aber häufig daran, ihre Bildung volkswirtschaftlich zu nutzen.“

Da sich die Länder der Mena-Region hinsichtlich Bildung, Unternehmertum und Geschlechtergerechtigkeit teilweise stark unterscheiden, hat das Berlin-Institut jedes der 19 Länder in diesen Bereichen untersucht und auf seine Zukunftsaussichten hin analysiert.

Die Studie erhalten Sie als PDF kostenlos unter:

<http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/krisenregion-mena.html>

Bei Rückfragen helfen wir Ihnen gerne weiter:

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstr. 59

10627 Berlin

Ansprechpartner: Ruth Müller (r.mueller@berlin-institut.org, Tel.: 030 – 31 01 68 35)

Ansprechpartner: Dr. Reiner Klingholz (klingholz@berlin-institut.org, Tel.: 030 – 31 01 75 60)

Das Berlin-Institut dankt dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) für die Förderung aus Mitteln des Auswärtigen Amtes.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten.

Das Berlin-Institut erstellt Studien, Diskussions- und Hintergrundpapiere, bereitet wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf. Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Online-Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter www.berlin-institut.org.